

Antrag an die StudVV:

## Wohnraum in Tübingen

Die Studentische Vollversammlung der Verfassten Studierendenschaft möge beschließen:

Die Studentische Vollversammlung der Verfassten Studierendenschaft Tübingen schließt sich den Forderungen des freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) an. Wir fordern gemeinsam:

- Ein bedingungsloses Studierendenhonorar in Höhe von mindestens 840 € monatlich. Dieses soll unabhängig von Alter, Semesterzahl, Leistung, und Einkommen der Eltern sowie bedarfsdeckend sein und als Vollzuschuss an Student\*innen gezahlt werden.
- Die Ausbildungsvergütung für alle Auszubildenden darf einen Mindestlohn von 10€ nicht unterschreiten
- Alle Ausbildungs- und Studiengebühren müssen abgeschafft werden.
- Es muss eine bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen einschließlich der flächendeckenden Schaffung von 50.000 neuen unbefristeten Stellen im akademischen Mittelbau und 7.000 neuen Professuren gewährleistet sein.
- Maximale Klassen-, bzw. Kursgröße: 20 Schüler\*innen. Dafür müssen ausreichend Lehrer\*innen eingestellt werden.
- Kostenloser öffentlicher Nahverkehr, der durch Steuern finanziert wird
- Funktionierende Mietpreisbremse, allgemeine Nutzung von Leerstand und mehr Sozialer Wohnungsbau

Studierende leiden unter den seit Jahrzehnten nur marginal angehobenen BAföG-Sätzen, welche in Städten wie Tübingen völlig unzureichend fürs Wohnen und Leben sind. Wer studieren möchte, muss oft nebenher arbeiten und stellt sich damit in Konkurrenz zu anderen Arbeitssuchenden, beeinträchtigt das eigene Studium und verstärkt daher soziale Ungleichheit. Immer weniger BAföG-Anträge sind kein Zeichen für wachsenden Wohlstand unter Studierenden – es zeigt, wie kompliziert BAföG gestaltet ist, wie gering die Grenzen angesetzt sind, so dass der Aufwand in vielen Fällen in keinem Verhältnis zur Förderung steht.

Wir dürfen keinen Keil zwischen uns an den Universitäten und unseren Mitstreiter\*innen in Ausbildung, in der Schule und in Arbeit treiben. Jede\*r soll angemessen entlohnt und unterstützt werden. Gebühren für Bildung verhindern soziale Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten. Insbesondere die Zahl der Nicht-EU-Studierenden ist in Tübingen und ganz Baden-Württemberg rückgängig. Die vor einem Jahr eingeführten Studiengebühren müssen schnellstmöglich wieder abgeschafft werden – für Alle!

An Schulen wie an der Uni fehlt es an Lehrenden. Nur staatliche Investitionen in Bildung – durch die Schaffung von weiteren Stellen und die Begrenzung von Kursgrößen – können eine gute Bildung für alle sicherstellen.

Tübingen liegt unter den Top 10 der teuersten Unistädten Deutschlands, mit einem Durchschnitt von über 360€ Miete pro Monat. In Tübingen braucht es mehr Sozialen Wohnungsbau, Leerstand muss beseitigt und die Wohnraumpauschale des BAföGs erhöht werden! Tübingen ist eine Stadt, deren Identität klar von der Universität und den dort lebenden Studierenden geprägt wird. Eine solche Stadt sollte allen Angehörigen der Uni Platz zum Wohnen bieten, für Lehrende, für Mitarbeiter\*innen UND für Studierende. Bevor wir in Tübingen weiter Luxusappartements bauen, braucht es erst einmal bezahlbaren Wohnraum für Alle!

Die künstlich geschaffene Konkurrenz zwischen Familien, Alteingesessenen und Studierenden um Wohnraum schwächt die Stadt und unseren Zusammenhalt. Vermieter\*innen nutzen die kurzen Mietdauern bei Studierenden, um die Mietpreisbremse zu umgehen. Alleine sind wir dem ausgeliefert, gemeinsam können wir dem entgegen treten.

Wir fordern die Stadt, das Studierendenwerk und das Rektorat auf, sich vermehrt für bezahlbaren Wohnraum in Tübingen zu engagieren und hoffen auf gute Zusammenarbeit.